

die bisher gegen die Verbandsmitglieder geübt worden sei, müsse befristet werden. Redner weist noch auf die Anweisungen hin, die i. Z. dem Kollegen Kresschmar in der L. B. gegeben wurden, um sich das Wohlverhalten der Macher in der L. B. zu verdienen, was aber Kresschmar nicht mit seiner kollegialen Ehre vereinbaren konnte. Wir können aber nicht zugeben, daß wir in der L. B. einzeln abgeschlachtet werden sollen, deshalb war das Vorgehen unsererseits notwendig. Wir lassen diese Sache nicht verpuffen und die Entrepreneure sollen ja nicht glauben, daß wir nun, da unsere Kollegen aus der Druckerei der L. B. heraus sind, wir den Kampf aufgeben werden, nein, wir werden ihn fortführen, bis dieser Kampf gewonnen ist. In Wirklichkeit ist dieser Kampf ein solcher zwischen Gewerkschaft und Verband, der mit Unterstützung der Partei geführt wird. Heute sind bereits 21 arbeitswillige Gewerkschafter in die L. B. eingetreten, und so weit hat es diese „zielbewußte“ Organisation gebracht. Unsere Kollegen im Lande werden es sich nimmer überlegen, ob sie mit Leuten dieser Organisation noch zusammen arbeiten wollen. Heute ist Klarheit über den Zweck der Gewerkschaft geschaffen, so daß kein Kollege mehr irre geführt werden kann. Diese Organisation will keine besseren Verhältnisse schaffen, sondern nur dem Verbands-Knäuel zwischen die Räder werfen. Heute gilt es zu entscheiden, ob wir uns von den Hintermännern der Gewerkschaft abschneiden lassen sollen und ob wir deren Organ, die L. B., noch weiter unterstützen können.

Vogel: Wenn ich aus der L. B. als alter Parteigenosse ausgetreten bin, so können Sie versichert sein, daß es mir nicht leicht geworden ist — zumal ich sah, wohin die Fahrt ging. Ich befreite mich, indem ich über Vorgehen von langer Hand vorbereitet sei, das Gegenteil ist der Fall. Redner gab über ein mit dem Stadtverordneten Kleemann vor anberathen Jahren gepflogenes Gespräch Auskunft, bei welcher Gelegenheit Kleemann äußerte: Es wird Zeit, daß die Buchdrucker aus der L. B. hinauskommen. Dessen Klage über mangelnde Thätigkeit der Genossen in der L. B. im Parteinteresse habe ich dahin beantwortet, daß bei den fortgesetzten Angriffen der Leipziger Parteigenossen gegen die Buchdrucker keine Parteithätigkeit von diesen erwartet werden könne. Redner verwies darauf, daß auch in anderen Berufen Tarifgemeinschaften gebildet würden, logischerweise müßte auch die L. B. gegen diese Tarifgemeinschaften vorgehen. Redner ging im weiteren Verlaufe seiner Rede auf die Vorgänge bei der Kündigung ein, wie sie Kollege Engelbrecht zum Teile bereits gegeben und in der Öffentlichkeit bekannt sind. Als Kommissionsmitglied habe er Herrn Heinisch gesagt, daß diese unmotivierten Kündigungen einen Mißstand hervorrufen würden. Alles habe nichts genützt. Auch habe er empfohlen, nur solche zu entlassen, die in geschäftlicher Hinsicht verloschen, da wurde geantwortet, die können das nächste Mal d'ran! (Heiterkeit.) Wir sind bemüht gewesen, alles zu verhindern, was die Stadtverordnetenwahlen hätte beeinflussen können, um trotzdem diesen Vorwurf gemacht zu erhalten. Seit anderthalb Jahren sind fast ausschließlich Gewerkschafter eingestellt worden und kamen Verbandsmitglieder ja einmal daran, dann traten sie in die Gewerkschaft ein. Es mußten da eigenständige geheime Kräfte mitwirken, um dies zuwege zu bringen. Außerdem wurde in der L. B. gebildet, daß Gewerkschafter oft drei bis vier Tage „voll“ sind, das mache einen schlechten Eindruck. Ein Verbandsmitglied wäre unter solchen Umständen ohne weiteres hinausgeschoben. Ein Gewerkschafter, der in der Rechnungsabteilung nicht genügend arbeitete, kam in die Zeitungsabteilung und erhielt eine Lohnaufbesserung! Die ihm übertragene Zeitung konnte er nie fertig stellen. Derselbe Gewerkschafter ist hervorragender Parteigenosse und — Mitglied des nationalen Gewerkschafts-Turnvereins. Galtten wir alles zusammen, ergibt sich, daß nach und nach die Verbandsmitglieder ausgemerzt werden sollten und daß auch die entlassenen beiden Gewerkschafter über kurz oder lang doch wieder eingestellt worden wären, was inzwischen wieder geschehen ist. Die Gewerkschaft geriert sich als die Vertreterin der Sozialdemokratie unter den Buchdruckern. Was hat nun die Gewerkschaft gegenüber der Maßregelung von Arbeitern? Sie erklärt, sie sei vollständig mit der Begründung der Entlassung, die ein von der Partei und den Gewerkschaften hochgehaltenes Prinzip verletzt, einverstanden. Und das nennt sich ein Gewerkschafter. Nach seinen Vorträgen steht aber Kresschmar auf dem Standpunkte, daß bezüglich der Neutralitätsfrage alles beim alten bleibe, somit auch unsere gewerkschaftliche Selbstständigkeit. Daher muß das Verlangen, für eine bestimmte politische Partei thätig zu sein, als Arbeitsbedingung entschieden abgelehnt werden. Aber man wolle den Standal haben, denn man mußte wissen, daß wir als Gewerkschafter nicht anders handeln konnten, als uns mit unseren Kollegen solidarisch zu erklären. Die Partei will den Standal haben, gut, sie soll ihn haben. Das eine mögen sich aber die Herren merken: Sind bis jetzt die Splitter geflogen, nun, so sollen jetzt auch die Balken fliegen! (Stürmischer Beifall.)

Höl: Wer ein Gesetz verdrissen will, muß dessen Begründung gehört haben und dessen Geschichte kennen. Zu der Besprechung der Geschäftsleitung, in der das Gesetz gegeben wurde, dessen Wirkungen jetzt vorliegen, war ich hinzugezogen worden. Hier wurde bekannt, daß die Geschäftsleitung anfangs beabsichtigt habe, bei nötig werdenden Entlassungen zunächst die Anciennetät zu

wahren. Das entragte Gewerkschaftsmitglied Seyffert habe jedoch eine andre Regelung dieser Frage verlangt. Und nun wurde der Grundtag aufgestellt, daß neben geschäftlicher Tüchtigkeit auch die Parteithätigkeit berücksichtigt werden müsse. Ueber die geschäftliche Tüchtigkeit entscheiden Seyffert und der sog. Präzident der Gewerkschaft, der Metteur Lehmann. Ueber die Parteithätigkeit urteilen die seit Jahr und Tag von der L. B. gegen die Verbandsbuchdrucker scharf gemachten Parteigenossen. Wie sie urteilen, das zeigt klärlieh die Entlassung Trimpers, der zwar ein Vertrauensmann hat, aber nicht genügend für die Partei arbeiten soll. Seyffert sagte in der Besprechung der Geschäftsleitung: Trotzdem die Verbandsbuchdrucker sich wahrnehmlich gegen diese Art der Entlassung weiden würden, sei er doch dafür. Ich behaupte: Gerade deshalb, weil er das wollte, hat er dazu die Anregung gegeben. Ich ließ der Geschäftsleitung keinen Zweifel darüber, daß solche Entlassungen als Maßregelungen der Verbandsmitglieder aufgefaßt werden würden und mißfielen. Da wurde zugegeben, daß sich diese Maßregel allerdings auch gegen die vor zehn Jahren ins Geschäft gekommenen Verbandsmitglieder richte, die nach mehreren Jahren Parteithätigkeit glaubten, sich nun auf die „saute Haut“ legen zu dürfen. Und ferner wurde gesagt: Was kommen von außen (d. h. von den Buchdruckern) was da will, wir gehen unsern Weg! Klarer konnte das Endziel dieses Weges wohl nicht angegeben werden, das da heißt: Aus mit den Verbandsbuchdruckern! Das Parteigebiet der Gewerkschafter! Es ist von je die Spezialität der L. B. gewesen, sich als Prinzipienwächterin aufzuwerfen und über Parteigründungs- und Taktik-Splitterereien zu treiben. Uns interessiert jetzt nur, daß die L. B. von unsrer Tarifgemeinschaft behauptet hat, sie sei etwas Sozialisten- und Arbeiterfeindliches; sie sei ein Verrat der Arbeiterinteressen. Die Redaktion der L. B. hat sich bis jetzt feig um die Erörterung des Grundgesetzes herumgedrückt, ob die von ihr angebildeten vertretenen Prinzipien es zulassen, daß in Parteibetrieben nicht oder nicht genügend für die Partei arbeitende Personen entlassen werden dürfen. Ich muß der Redaktion, die von nichts wissen will, etwas auf die Sprünge helfen: Ich stelle jetzt fest, daß der Chefredakteur der L. B., der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schoenlant für den Grundtag gewesen ist, daß bei Entlassungen in Leipziger Parteibetriebe die Parteithätigkeit mit maßgebend sein soll. Ich stelle ferner fest, daß Schoenlant dadurch den von mir aufgestellten Grundtag mit zu Falle gebracht hat, der besagt, daß sich die Geschäftsleitung über den Modus der Entlassungen einer Kommission aus dem Seperpersonale gütlich einanderlegen und verständigen soll. Von wem Parteigründungs-vertreten werden und von wem sie nicht vertreten dürfen, dürfte jedem klar sein. Wenn in unsern Parteibetrieben schon die Leute, die nicht oder nicht genügend für die Partei arbeiten, entlassen werden, was geschieht dann erst mit denen, die einmal einen gegnerischen Stimmzettel abgeben würden? Sicher müßten diese dann wie bei Krupp und Stumm behandelt werden. Wer es weiß, wie seit Jahren wiederholt versucht worden ist, durch eine Entlassung Nields die Verbandsmitglieder zu provozieren, wer von maßgebenden Parteigenossen die Worte vernommen hat: Ihr habt aus dem Verbands unsere Leute herausgeworfen, wir werfen Euch aus unserm Geschäft, wer gesehen und gehört hat, wie die Parteigenossen, als sie nach drei Tagen erfuhr, daß die Verbandsmitglieder gekündigt hätten, darüber zu freuen waren, wie sie sich freuten und sagten: Die Verbandsmitglieder, die Hirsch-Dunderschen, gehören nicht in unser Geschäft, der wird begreifen: Die Entlassung ist eine wohl vorbereitete Aktion, sie ist die thatgemachte Hunnenmoral, die der Leipziger Arbeiterchaft systematisch gegen die Verbandsbuchdrucker anezogen worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Döring: Es wird keiner in diesem Saale sein, welcher im allgemeinen mit den Ausführungen des Kollegen Engelbrecht nicht einverstanden ist, obwohl ich in einzelnen Punkten abweichender Meinung bin. Auch hoffe ich, daß Vogenitz seine Parteithätigkeit nicht einstellen wird. Bezüglich unsers Vorgehens glaubt die Redaktion der L. B. wohl selbst nicht, daß wir die Stadtverordnetenwahlen hätten ungünstig beeinflussen wollen. Der Grund meiner Rede heute ist, jetztzustellen, daß ich in der Lohsafrage mit den Buchdruckern nicht einverstanden bin. Im übrigen empfehle ich, abwesende Personen der Parteileitung nicht anzugehen. In diesem Sinne bitte ich zu verfahren. In der L. B. haben unsere Kollegen ihre Schuldigkeit getan, wir wollen aber alles vermeiden, was uns schädlich sein kann.

Vogel: Berichtete, er habe lediglich nur Herrn Heinisch gesagt, daß ein Buchdrucker in Leipzig nicht gut für die Partei thätig sein kann.

Kinde: Ich gehöre auch der politischen Partei an und habe alles versucht, um unter den Genossen verständlich zu wirken, aber gegen Zummut kämpfen Götter selbst vergebens. Daher legen auch verschiedene Parteigenossen der Maßregelung unserer Kollegen keine Bedeutung bei. Berwieslich ist es jedoch, wenn unsere eignen Kollegen in den Parteiverammlungen den Verband beschimpfen und das eigne Recht beschmühen, wie dies Kollege Tanneberger getan. Redner gab noch interessante Einzelheiten über einzelne Gewerkschafter, die früher Guttenberg-Bündler waren und heute stramm

Gewerkschafter und Parteigenossen sind, weil sie in der L. B. Arbeit erhielten. In Leipzig könne man beobachten, daß die Genossen mit demselben Fanatismus auf das Dogma des Dr. Schoenlant schwören wie manche Leute auf die kirchliche Orthodoxie. So wie die Dinge heute liegen, müßten die Kollegen jetzt die L. B. abstellen — in Stötterig gehen zu diesem Zwecke Listen herum —, denn die Zeitung könne ein Verbandsmitglied nicht mehr halten. Die offiziellen Vertreter der Partei in Leipzig ziehen dieselbe in Schmutz und diese Leute gehören nicht mehr in die Partei, jene Leute, die uns heute wegen unsrer konsequenten Vertretung der Parteinteressen verurteilen. (Lebhafter Beifall.)

Baage: Nicht erst seit 1896 dauern die Machinationen der L. B. gegen unsern Verband. Redner wendet sich dann noch in scharfer Weise gegen den Faktor Seyffert. Ich möchte Sie aber bitten, jetzt noch nicht die L. B. abzustellen, bis der Streit entschieden ist.

Kerhäufel: Ich verweise bezüglich meiner Auffassung über das Vorgehen der L. B. auf den nächsten Corr. Thatsache ist, daß seitens der hiesigen Parteileitung von langer Hand dieser Schlag gegen uns vorbereitet wurde, dank der Erziehung, welche Dr. Schoenlant in gewerkschaftlicher Hinsicht den Arbeitern in Leipzig zu teil werden läßt. Die Provozierung des Verbandes, seine stete Bekämpfung durch die Leipziger Arbeiter sei die Folge dieser Erziehung. Redner verliest sodann die an anderer Stelle dieser Nummer abgegebene Erklärung des Herrn Heinisch aus dem Jahre 1897 und bespricht dieselbe im Zusammenhange mit dem heutigen Gebahren des Herrn Heinisch. Wenn einzelne Genossen in Leipzig-Ost der Meinung wären, daß nimmermehr „Mühe nicht nur in der L. B., sondern in der gesamten Leipziger Arbeiterbewegung eintreten“ werde, so könne dies nach den Maximen der hiesigen Partei nur die Klude der Expartierung, des Sozialismus und des Juchthausgefängnisses sein. Wenn der Redakteur Lüttrich der L. B. es behauptet hat, daß sogar Parteigenossen der Schreibweise Kerhäufels ihre Zustimmung geben, so seien dies eben denkende Parteigenossen und keine solchen, welche die heutigen Führer der Partei in Leipzig zu Parteigenossen derselben statt erziehen. Redner äußerte sich noch zu verschiedenen wesentlichen Punkten der Sache und empfahl zum Schlusse die Annahme einer Resolution, welche am Schlusse des Berichtes abgedruckt ist. Die Versammlung begrüßte die Resolution mit anhaltendem Beifalle.

Hüttig: eines der beiden stehengebliebenen Verbandsmitglieder, erklärt, eines Faltsiedens halber nicht in einer so großen Versammlung sprechen zu können.

Tanneberger erklärte den Bericht in der L. B. über die Verammlungen des sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Ost als zurechtgepflegt. Der Konflikt in der L. B. sei ein Zerfall, ein Zerfall mit Erschweren. Truf erzeugt Gegenstand, das müßten wir uns sagen, als wir unsere besien und thätigen Mitglieder i. Z. ausschließen. Das mache sich jetzt auf den Verband geltend. Derselbe gehe auch gegen Faktoren nicht so energisch vor, welche unsere Mitglieder gemahregelt haben; würden diese ausgeschlossen, dann nehme der Zentralvorstand den Ausschluß wieder zurück. Redner sei jetzt Jahren nicht in die Versammlungen gekommen, weil mit einer andern Meinung niemand aufkomme und seine Stimme einer tobenden Masse gegenüber nicht ausreiche. Redner hob die Vorteile hervor, welche die Arbeiter in der Druckerei der L. B. genießen und erwiderte Kollegen Kinde, nicht das Rest des Verbandes bejammern zu wollen, sondern er wolle sich nur nicht in dem Schmutze, der vorhanden sei, bewegen, er suche ihn vielmehr zu befestigen. Auch die Gewerkschafter hätten ein Recht zu leben, man dürfe diesen die Kondition nicht abschneiden. Eine Einigung wolle aber der Verband nicht, sondern nur bedingungslose Unterwerfung. Etwas Brutales könne in der Kündigung nicht gefunden werden, denn der Arbeiter in einer Parteizeitung müsse auch für die Partei thätig sein. Der Ausdruck des Mißfallens der Versammlung gegen die L. B. sei nicht berechtigt, denn es gebe kein andres Arbeiterblatt. Bezüglich der Ausführungen des Redners im sozialdemokratischen Vereine habe er die ihm nachgesagten Ausführungen nicht gemacht. Die Verwendung der Plakate sei nicht zu billigen.

Engelbrecht: Ich weise entschieden zurück, daß ein freies Spiel mit Existenzen getrieben worden sei. Wir haben viele Schritte nicht nötig gehabt, im Interesse des Friezens aber doch unternommen. Wenn Herr Tanneberger heute vom allgemeinen Arbeiterstandpunkte aus sprechen will, so möge er sich daran erinnern, daß er im Jahre 1897 als Vorsitzender des Leipziger Gewerkschaftsartikels in diesem Sinne zu wirken nicht als notwendig erachtet habe, sondern in ganz unkollegialer Weise im Gegenteile noch Del ins Feuer geschossen hat, indem er ausführte, die sechs gewählten „Tarifgemeinschaftsfreunde“ würden das Ansehen des Artikels durch ihren Eintritt in dasselbe nur herabwürdigen. Redner wies noch verschiedene Angriffe Tannebergers gegen die Organisation und die örtliche Vereinsleitung in entschiedener Weise unter dem lebhaftesten Beifalle der Versammlung zurück.

Vogel: Tanneberger behauptet, es sei mit den Existenzen in der L. B. ein freies Spiel getrieben worden. Allerdings mit dem Augenbilde, wo man alte Parteigenossen dazu zwingen wollte, Streifbretter zu werden. Bezüglich unserer Bemühungen, den Friezen aufrecht zu erhalten, hat man gesagt, wir seien zum

